

ich schreibe Sie als Abgeordnete/n Ihrer Partei und Mitglied des Deutschen Bundestages an.

Am 18.11.2021 haben Sie mit Ihrer Stimme im Bundestag mitgewirkt, dass Deutschland und unsere Region in eine wirtschaftliche und soziale Schieflage abgleitet.

Dass die Menschen durch die hysterische Flutung von größtenteils unsinnigen Meldungen dauerhaft in Angst und Schrecken versetzt sind, ist die noch immer andauernde Nebenwirkung.

Ich muss Ihnen das so deutlich zu Beginn sagen.

Wir alle haben und hatten bislang kein bedrohliches Infektionsgeschehen (auch in unserer Region) und zu keinem Zeitpunkt waren die Menschen in einer tatsächlichen Bedrohungslage wie dies z.B. eine echte Pandemie wie Ebola oder Lungenpest auslösen würde.

Hätten Sie sich bis dahin die Mühe einer weiter reichenden Recherche zum tatsächlichen Pandemiegesehen, der Ursache wie den Folgen gemacht und sich auch etwas weiter als bis zur Parteiwissensgrenze über die tatsächlichen Risiken informiert, wären vielleicht auch bei Ihnen mehr Fragen aufgetaucht.

Jetzt stehen wir erneut an einem wichtigen entscheidenden Punkt, der alle demokratischen Sinne weckt.

Frau Merkel und ihre Berater wollen das Land unter ihre Kontrolle bringen und Sie als Abgeordnete sollen wohl dafür die Steigbügelhalter sein.

Nichts anderes soll den beabsichtigten, tiefgreifenden Änderungen des noch immer uns alle bedrohenden Infektionsschutzgesetzes folgen.

Die Kontrolle über die Gesellschaft und unsere Lebensform.

Ich bitte Sie deshalb als mittlerweile hochpolitisch Interessierter und ebenfalls wirkender Mensch über unsere Parteigrenzen hinaus:

wirken Sie solchen Anstrengungen entgegen.

Sollte es zu einer Abstimmung im Bundestag kommen, prüfen Sie bitte vorher alle Aspekte und Folgen dieses Gesetzes.

Als Mitglied des deutschen Bundestages würden Sie bei Ihrer Zustimmung das Durchregieren einiger Weniger zulassen und dafür mit sorgen, dass noch mehr Leid über unser Land kommt.

An dieser Stelle zurück zum 18.11.2020:

haben Sie geglaubt, dass die schon damals viel zu weitreichende Ermächtigung der Ministerpräsidenten und einer handverlesenen Auswahl sogenannter Experten eine derartige verheerende Spaltung unserer Gesellschaft nach sich ziehen würde?

Dass Existenzen ruiniert werden, die Kommunen unter der Last einbrechender Einnahmen leiden und unsere Region quasi dauerhaft die Türen "abschließt"?

Heute bzw. demnächst folgt nun Schritt 2:

Frau Merkel plant offensichtlich eine Entmachtung von Ihnen als Abgeordnete/n und den Ländern.

Im Namen eines nun folgenden Gesetzes, das im Kern nichts anderes als eine totale und totalitäre Machtübernahme darstellt.

Eine Kriegserklärung an die uns bekannte Freiheit und föderale Gesellschaft wie sie antidemokratische Staaten zu Gesicht steht.

Die Gründungsväter Deutschlands haben ein Grundgesetz erarbeitet, dass verhindern sollte, dass es erneut zu einem solchen Schreckensszenario kommt.

Ganz sicher verabschieden sich nicht alle gesellschaftlichen Teile in die geplante Gleichmacherei. Der innere Friede ist damit in Gefahr, das wissen wir.

Und wie einst, wird das Ende dieses Regimes vielleicht viel näher sein, als wir uns das heute noch vorstellen können.

Anders als nach Kriegsende 1945 und den wenigen dann zur Rechenschaft gezogenen "Tätern":

"Schuldige" werden sich nach Ende dieser "Scheinpandemie" nicht mehr wegduckern oder mit Ausflüchten über Nichtwissen aus ihrer Verantwortung retten können.

Entscheiden Sie heute, auf welcher Seite Sie stehen.

Aufmerksam beobachte auch ich Ihre Entscheidung wie auch ganz sicher die vielen Opfer dieser Regierung.

Noch habe ich den Glauben an die verbliebenen demokratischen Aufrechten auch in Ihrer Partei nicht ganz verloren. Ich bitte Sie, für unser Land einzustehen.

Mit Ihrer Stimme geben Sie ein Statement gegen diese Pläne ab.

Lassen Sie Ihr Urteil dieses mal vernünftig(er) ausfallen.

mit basisdemokratischen Grüßen

Wolfgang Daubenberger
79256 Buchenbach

Tel. 156-78718654